

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 22.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 179

Dienstag, den 4. August 1925

20. Jahrgang

Im Optantenlager zu Schneidemühl.

Schneidemühl, 2. August. Der Zustrom der aus Polen ausgewiesenen Optanten hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag erheblich abgenommen. Während noch im Laufe des gestrigen Tages etwa 1000 Unwillinge gezählt wurden, trafen während der Nacht und auch heute vormittag nur wenige hundert ein. Von der Optantenvermittlungsstelle wird weiter Pressenotizen über die angeblich traurigen Zustände im Schneidemühler Durchgangslager entgegengenommen und insbesondere erklärt, daß die Behauptungen von zahlreichen Todesfällen und dem Ausbruch von Epidemien jeder Grundlage entbehren. Bisher seien fünf Kinder gestorben. An Erkrankungsfällen seien lediglich einige Ruhr- und Darmkatarrhfälle sowie 12 Masernfälle festgestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich zeitweise etwa 6 bis 7000 Personen im Lager befinden. Heute mittag ist das Lager vom Oberpräsidenten v. Bülow besichtigt worden. Man erwartet heute abend den preussischen Innenminister Seodinger und Ministerialdirektor Dr. Rathenau aus Berlin, deren Besuch bereits angekündigt wurde.

Schon am Sonnabend konnten 750 Flüchtlinge an ihre neuen Arbeitsstellen abgeschoben werden. Eine große Schwierigkeit bildet hierbei der Umstand, daß es sich bei den Optanten meistens nicht um einfache Landarbeiter, sondern um die Söhne von kleineren Gutbesitzern handelt, die sich natürlich weigern, gewöhnliche Erntearbeiten oder Knechtstellen anzunehmen. Bötsche Agitatoren, die eine Versammlung einberufen, deren einziger Programmpunkt „Rache an Polen“ war, erlitten eine böse Mißfar. Die Flüchtlinge riefen ihnen zu: „Wir wollen Brot, Arbeit und anständige Unterkunft — nicht eure Politik in Frieden!“

Das Wohlfahrtsamt von Schneidemühl erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem die Bürger aufgefordert werden, die Optanten, die im Flüchtlinglager keinen Platz mehr finden, in ihre Wohnungen aufzunehmen. Die sanitären Zustände im Flüchtlinglager haben sich nicht gebessert. Man hat der einen Krankenpfleger, die allein den ganzen Dienst für 8000 Flüchtlinge versah, eine Helferin gegeben. Doch sind inzwischen zwölf neue Masernfälle festgestellt worden. Auch die schweren Darmerkrankungen mehren sich. Neue Fälle von Ruhr sind indessen nicht festgestellt worden.

Dr. Luther zur Befreiung Essens.

Aus Anlaß der Räumung Essens sandte Reichskanzler Dr. Luther nachfolgendes Telegramm an den Oberbürgermeister der Stadt Essen:

„In dieser Stunde der endgültigen Befreiung gehören alle meine Gedanken der Stadt Essen und ihrer Bürgerschaft, mit der ich durch Arbeit in schwerer Zeit und durch so viele mit erweisene Hilfe und Freundschaft für immer auf das Innigste verbunden bin. Am Vorabend jenes unseligen 11. Januar 1923 hat Essens Bevölkerung in Kundgebungen voll Liebe und Leidenschaft, die kein Mitleidender je vergessen wird, sich zu vaterländischer Festigkeit verbunden. Im Geiste dieses Bewusstseins hat Essen mehr als 2 1/2 Jahre die Härten der Besetzung getragen. Auch jetzt noch drückt gerade noch Essen und den Ruhrbezirk schwere wirtschaftliche Not. Über die endgültige Befreiung von fremdem Joch sei uns eine Versicherung für weiteres Voranschreiten auf dem mühevollen Wege zu Deutschlands Wiederaufstieg. Essen Glückauf!“

Manchester Guardian fordert unverzügliche Räumung Ostens.

London, 1. August. „Manchester Guardian“ weist im Leitartikel auf die Gefahr hin, die die jetzt beendete 2 1/2-jährige Ruhrbesetzung der deutschen Bevölkerung dieses Gebietes verursacht, betont, daß im Schatten des Kölner Todes noch immer britische Posten mit aufgespanntem Seitengewehr patrouillieren, und tritt dafür ein, daß die bereits seit sechs Monaten ständige Räumung der Kölner Zone im Interesse eines internationalen Einverständnisses unverzüglich durchgeführt werde.

Schuppelpolizei im Reichstag.

Als am Sonnabend im Reichstag Vizepräsident Graf Mitteltitz, daß der Reichstagsrat für bestimmte Vorlagen eine Einschränkung der Redefreiheit angeordnet habe, protestierten die Kommunisten sehr heftig und verlangten, daß darüber nach einmal verhandelt werde. Dieser

Hilferuf an den Reichspräsidenten.

Die in den Flüchtlingslagern untergebrachten deutschen Ausgewiesenen haben an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgende Forderung gerichtet: „Viele Hundert deutsche Optanten, durch polnische Willkürherrschaft von Haus und Hof vertrieben, erheben gegen die menschenunwürdige Behandlung, die ihnen zuteil geworden ist, flammenden Protest und bitten den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung, die unhaltbare Lage der Flüchtlinge mit allen Mitteln zu bessern. Scharfe Gegenmaßnahmen gegen die in Deutschland befindlichen Polen durchzuführen, insbesondere die gleiche Anzahl Polen unter genau denselben Bedingungen sofort aus Deutschland auszuweisen.“

Maßnahmen der Reichsregierung.

Die deutsche Regierung hat, worauf von unterrichteter Seite noch einmal hingewiesen wird, auf der einen Seite in diplomatischen Verhandlungen bis zum letzten Augenblick alles versucht, um Polen zur Zurücknahme der brutalen Ausweisungsbefehle zu veranlassen, gleichzeitig aber in klarer Erkenntnis des polnischen Geisteszustandes bereits seit langem Vorkehrungen für die Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen getroffen. Da von vornherein nur eine schwache Hoffnung bestand, daß in Polen der Gedanke der Menschlichkeit über den gehässigen Nationalismus siegen würde, haben im Interesse der Optanten die deutschen Konsulate, besonders in den abgetretenen Gebieten, schon seit langem ihr Personal verstärkt um den Optanten mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können. Aber auch diese Personalverstärkung hat für die letzten Wochen nicht genügt. Es ist nötig geworden, in Bromberg und Dirschau neue Abwanderungsstellen zu schaffen, um die Abwanderung der Optanten zu organisieren, wobei, nebenbei bemerkt, die polnische Regierung erst nach langen Verhandlungen ihre Zustimmung zur Einrichtung der Dirschauer Stelle erteilt hat. Tausenden von Optanten ist durch die deutschen Konsulate Ausfuhr und Rat erteilt worden. Ebenso wurden ihnen die erforderlichen Abwanderungspapiere ausgestellt und in einzelnen Fällen finanzielle Unterstützungen gewährt. So konnte von dem zum 1. August d. J. vertriebenen deutschen Optanten bereits eine große Zahl vor Anwendung des in Aussicht stehenden Zwanges Polen verlassen.

Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin steigerte sich der Ärger der Kommunisten so sehr, daß der Vizepräsident die Sitzung unterbrechen mußte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung beschimpften die Kommunisten die Mehrheit des Hauses und den Vizepräsidenten unaußersächlich, so daß die Sitzung abermals unterbrochen werden mußte. Die Abgeordneten Jadasch und Sölllein wurden auf 20 Tage ausgeschlossen, und da sie sich weigerten, sich zu entfernen, durch ein Aufgebot von 14 Polizeibeamten zum Verlassen des Saales gezwungen.

Die Provokation der Reichswehr an der tschechischen Grenze.

Zu einer Provokation tschechischer Kommunisten, die sich kürzlich gegenüber von Reichswehrleuten im Riesengebirge ereignete, wird jetzt aus Berlin amtlich mitgeteilt:

„Die Reichswehrkompanie befand sich einwandfrei während der ganzen Zeit ihrer Wanderung auf deutschem Boden. Die Tschechen haben, ohne nur im geringsten von den Soldaten, die ohne Waffen waren, gereizt worden zu sein, das Steindornbardement erbrochen. Ungewöhnlich haben die Soldaten in berechtigter Notwehr gehandelt, als sie zu ihren Spatierstöcken griffen und die Angreifer über die Grenze zurücktrieben. Zwischen dem am Schieferhaus und der tschechischen Riesenschaube liegenden zahlreichen Verkaufsbuden ist bis deutsch-tschechische Grenze nur sehr schwer zu erkennen. So konnte es in der Aufregung nicht ausbleiben, daß einige der Soldaten die Grenze ein wenig überschritten. Daß hierbei auch einige der von den Tschechen aufgepflanzten roten Fahnen unter die Füße der mit Recht empörten Soldaten kamen, ist nicht weiter verwunderlich. Korrekt hat sich nach den Angaben der Augenzeugen auch der die Kompanie führende Leutnant benommen. Trotz unerschämter Provokation hat er sich nicht aus der Ruhe bringen lassen, sondern seine Leute sofort über die Grenze zurückbefohlen. Der ganze bedauerliche Vorfall spielte sich innerhalb einer Minute ab. Wenn von tschechischer Seite versucht werden sollte, der Reichswehr irgendwelche Vorwürfe zu machen, so möchte dies mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden.“

Regierungskrise in Bulgarien.

Belgrad, 2. August. Nach einer Meldung der „Breme“ aus Jaribrod laufen Nachrichten aus Sofia ein, denen zufolge man in Bulgarien wichtige und schwerwiegende Änderungen in der politischen Lage erwartet. Die Regierung Jankoff hatte eingesehen, daß sie sich nicht länger halten könne und daß ihr weiteres Verbleiben im Amte nur noch innerpolitische, internationale und finanzielle Krisen herbeiführen würde. Es wurde vor allem darüber gesprochen, daß sogar der König Boris mit allen Kräften sich bemühe, aus dieser Stellung einen Ausweg zu finden. König Boris habe den Ministerpräsidenten Jankoff am 29. Juli zu einer Audienz zu sich gerufen. In dieser hätte Jankoff angegeben, daß die Lage unhaltbar sei und daß er bereit sei, zurückzutreten. Nach dieser Audienz berief der König den Führer der Landwirte und gewissen Minister im Stambulinski-Kabinett Turlakoff zu sich und verlangte von ihm Aufklärung über die innerpolitische Lage. Dieser Audienz wohnten auch hervorragende Führer der Opposition und der Landwirtepartei bei. Die Konferenz, die sehr lange dauerte, endete damit, daß der König Turlakoff die Kabinettsbildung anbot. Der König verlangte von dem neuen Kabinett Garantien für das Leben Jankoffs und der übrigen Minister. Weiter sollte die ganze Vergangenheit vergeben und keine Repressalien verübt werden. Die dritte Bedingung war, daß die neue Regierung an der Verbesserung der Verhältnisse arbeiten solle. Turlakoff nahm die Kabinettsbildung nicht an und erklärte nur, daß er die Bedingungen dem Volke unterbreiten werde, da dieses eine selbständige und eine nationale, unabhängige Regierung wünsche. Nach abgehaltenem Referendum werde er dem König auf das Angebot Antwort geben.

Ueberfall auf bulgarische Grenzorte.

Sofia, 2. August. Die Blätter berichten über neue Ueberfälle auf bulgarische Grenzorte durch bulgarische Emigranten aus Jugoslawien. Danach ist in der vorgestrichenen Nacht die Grenzstadt Dragoman von einer großen Bande von Emigranten angegriffen worden. Es kam zum Kampf mit der Grenztruppe, wobei einige Soldaten schwer verwundet wurden. In der gleichen Nacht erfolgte ein Ueberfall auf das Grenzort Reiskana, der von den Einwohnern selbst abgewiesen wurde. Der Ortslehrer fiel in dem Kampfe.

Neue Bulgarenausweisungen aus Griechenland.

Sofia, 2. August. Von den bulgarisch-griechischen Grenzstationen sind Berichte eingegangen über einen erneuten starken Zustrom bulgarischer Flüchtlinge aus Mazedonien. Danach sollen allein gestern über 1000 Flüchtlinge über die Grenze gekommen sein.

Zur Lage in China.

Hongkong, 2. August. Die chinesischen Mannschaften des Dampfers Ramsang, der zwischen Kalkutta und Tientsin verkehrt, verließ das Schiff nach dessen Eintreffen im hiesigen Hafen. Sie wurde unverzüglich durch eine indische Mannschaft ersetzt.

Peking, 2. August. Nach den bei der hiesigen englischen Gesandtschaft eingegangenen Berichten ist bei den vorgestrichenen Zusammenstößen in Peking entgegen den bisherigen Meldungen kein Engländer getötet worden. Es ist vielmehr nur ein englischer Angestellter der Internationalen Exportgesellschaft von chinesischen Arbeitern dieses Betriebes überfallen, mißhandelt und eine Zeitlang festgehalten worden.

Karpinski erwartet eine baldige Stabilisierung des Zloty.

Warschau, 1. August. Der Präsident der Bank von Polen Karpinski erklärte bei einem Empfang von Pressevertretern: Man muß noch mit Schwankungen des Zloty rechnen, da der Inlandmarkt die Salutoendeckung — angesichts der zweifachen Verschärfung des Einfuhr verfügten verminderten Zutellung von Saluten durch die Bank von Polen — zu einem wesentlichen Teil im Freiverkehr vornehmen muß, doch ist zu erwarten, daß der reichliche Salutenzufluß, der mit dem Export von Bodenfrüchten einsetzt, eine Zunahme gestatten wird.

Am außerordentlichen Verkehr hat der Dollar sich heute neuerlich befestigt und wird ungefähr zur Weltparität mit einem mittleren Kurs von 5,50 Zloty gehandelt. Neuhort, 1. August. Der polnische Zloty, der seit einem Jahr an der Neuhorter Börse dauernd 19,20 notierte, fiel am 29. Juli plötzlich auf 17,75. Die amerikanische Presse erblickt den Grund dieses Sturzes in dem Zollkrieg Polens mit Deutschland und in den durch die polnischen Massenauweisungen bedingten Zwangskäufen der vertriebenen Deutschen.

Uhr ab sowie
tag 4 Uhr ab
Carl Hunger.
5.
it
nig.
ik
uch
dad
ma
ler.
eiz
na.
an
sik
o's Ww.
bier
billiger
Glühwein.)
herei
swilg.
schließen.
gebi.
ul 3.
ter)
Miete.
i. V.